

# EXTRABLATT

Lesen, wie es  
**wirklich** ist!

der Schweizerischen Volkspartei • [www.svp.ch](http://www.svp.ch) • Ausgabe September 2019



## Das Erfolgsmodell Schweiz 3

**Interview**  
mit alt Bundesrat  
Christoph Blocher



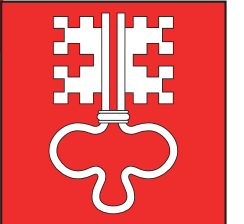
## Masseneinwanderung 6-7

**Arbeit muss sich  
wieder lohnen!**



## Kanton Nidwalden 9-12

**Alles Wissenswerte  
zu den Nationalratswahlen**



# Für eine freie und sichere Schweiz

**Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit, aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.**

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massen-Zuwanderung von einer Million mehr Menschen in den letzten 13 Jahren sind für unsere Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: Staus auf den Strassen, herumlungende, betrunkene und gewalttätige Asylsuchende und jugendliche Migranten sowie verbaute Grünflächen, steigende Gesundheits- und

Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Gewaltandrohung gegenüber Polizisten, Lehrerinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen und jungen Frauen im Ausgang sind an der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber auch ausgelöst durch die Sorge um den Arbeitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die National- und Ständeratswahlen 2019. Mit dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz. Wir setzen uns für unsere Heimat ein. Wir halten

Wort und versprechen der Schweiz keine Unterwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt sich für die Steuerung der Zuwanderung ein sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittelstands durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren und weniger Vorschriften. Um dies zu erreichen, muss die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben.



**Peter Keller** (bisher)  
in den Nationalrat

[kellerpeter.ch](http://kellerpeter.ch)



## Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

**Gratis-Hotline:**  
**0800 0 1291 0**

Täglich von 09.00 bis 18.00 Uhr  
sind wir für Sie da.

**Fragen per Mail:**  
**[wahlen@svp.ch](mailto:wahlen@svp.ch)**

## Kommentar

### Sie entscheiden!

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Erfolgsmodells Schweiz und unserer Heimat Sorge? Haben Sie genug von der grenzenlosen Einwanderung, von den vielen Asylanten, die in der Schweiz nur ein angenehmeres Leben suchen, oder von der ausufernden Kriminalität? Die Medien verschweigen, wie es wirklich ist. Wahr ist, dass die unkontrollierte Zuwanderung unsere Gesellschaft dramatisch verändert. Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern schwierig, Lernziele zu erreichen.

Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-



Albert Rösti  
Präsident SVP Schweiz

Fortsetzung auf Seite 2



Alles zu den Nationalratswahlen im  
**Kanton Nidwalden** Seite 9-12

## Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben – auch bei der Zuwanderung.

Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.

Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes – und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie keine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.

*Albert Rösti*

Albert Rösti,  
Präsident SVP Schweiz



*Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?*

**Ueli Maurer:** Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll

«Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da.»

umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

**Guy Parmelin:** Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.



**Guy Parmelin**

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Ehemaliger Landwirt und Winzer

Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.



**Ueli Maurer**

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

*Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?*

**Ueli Maurer:** Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber

denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel.

**Guy Parmelin:** Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir

«Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge.»

ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

# Frei und sicher.

## SVP wählen!



www.svp.ch

### Impressum:

**EXTRABLATT** | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

# Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

**Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz mit direkter Demokratie und einem ausgeprägten Föderalismus. Für eine Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handelt und einen starken Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und seine Kinder selbst erzieht.**



Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern – es sind heute schon mehr als 35'000 – dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung – dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

## Bald noch weniger im Portemonnaie?

**Hier erfahren Sie, wie der rot-grüne Raubzug auf Ihr Geld konkret aussieht:**



**Höhere Benzinpreise: Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!**

Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus.

**plus Fr. 270.–**



**Zusätzliche CO<sub>2</sub>-Abgaben für Heizöl:** Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO<sub>2</sub> auf Fr. 210.– oder von 25 Rappen **auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!** Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m<sup>2</sup> und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m<sup>2</sup>/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–.

**plus Fr. 1'134.–**



**Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:**

Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– **neu Fr. 600.– bis 800.–!**

**plus Fr. 400.–**



**Verbot von Ölheizungen:** Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt **Fr. 1'128.–!**

**plus Fr. 1'128.–**



**Mehrkosten pro Haushalt und Jahr**

# «Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

**EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen – Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.**

*Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?*

Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

*Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit... und Sie sorgen sich um die Schweiz?*

Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

*Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen?*

Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen

weder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

*Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.*

Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

*Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.*

Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derart guten Kunden diskriminiert keiner.

*Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?*

Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

*Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?*

Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein – aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

*Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden – die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.*

Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat



Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage – eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

laissez aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtestress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

*Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?*

Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen – vor allem dem Mittelstand.

**« Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? »**

*Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel – was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?*

«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»



der EU anpassen. Die EU solle sich denen der Schweiz annähern. Das stimmt: Wir haben objektiv die besseren Rahmenbedingungen.

*Aber mit dem Rahmenvertrag müssten wir ja nicht der EU beitreten, sondern nur an die EU andocken.*

Der Rahmenvertrag will, dass die EU für die Schweiz die Gesetze erlässt – auch gegen den Willen der Schweizer Bürger. Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? Mit Ausnahme der SVP wollen dies alle anderen Parteien!

*Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeichnen.*

Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass dieser Rahmenvertrag die Schweiz in die EU führt. Nein, wer einen solchen Vertrag unterzeichnen will, hat ent-

*Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?*

Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich – auch gegen unseren Willen – dass beispielsweise unsere Verkehrs-

politik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

**« Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? »**



den Verfassungsauftrag jedoch machtbeseffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt sein!

Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, die zu Erwerbslosen und horrenden Sozialkosten führt. Schon heute hat die

*Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland – wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt werden?*

Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laissez faire –

## Christoph Blocher – kurz & bündig

**Geboren:** 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinflall – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – **Wohnort:** Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – **Ausbildung:** 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

# Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.



Sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economie-suisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP,

Grünliberale, Grüne und SP. Selbst die Gewerkschaften werden – geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

## Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus

und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

## Volksentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «Ausgleichsmassnahmen» von Brüssel in Kauf nehmen. Das ist so zynisch, wie wenn den Auto-

Ausweisenzug, Gefängnisstrafe und fünfstelliger Busse tragen.»

## «Die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht.»

fahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmassnahmen von sofortigem, ewigem

Über all das müsste man eigentlich vor den Wahlen reden. Doch die EU-Anbindungskoalition scheut das Tageslicht. Sie wollen das Volk und die Kantone nach dem 20. Oktober überrumpeln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren bewährten Staatssäulen stehen!

# Wie ein Match Schweiz-Deutschland, bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.



Seit 700 Jahren kennt die Schweiz bilaterale Verträge. Das etwas hochtrabende Wort «bilateral» heisst ganz einfach: «zweiseitig», «zwei Seiten betreffend». Es handelt sich dabei um Abkommen mit allen Ländern, abgeschlossen zum gegenseitigen Nutzen beider Partner – auf Augenhöhe, zwischen zwei Gleichberechtigten. Das ist das Selbstverständlichste der Welt. Allein mit der EU kennt die Schweiz über 150 bilaterale Verträge.

Doch im Jahr 2008 teilte die EU der Schweiz erstmals unmissverständlich mit, dass sie diese Art von bilateralen Verträgen nicht mehr will. Brüssel verlangt statt der Rechtsentwicklung zwischen Gleichberechtigten neu einen «Rahmen» für alle bisherigen und sämtliche künftigen Abkommen, wonach die Schweiz die von der EU vorgegebenen Änderungen übernehmen muss. Das Resultat entsprechender

mehrjähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Abkommen.

## EU-Abkommen entmacht die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmacht. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstimmungen dürfte uns die EU ganz legal bestrafen.

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln machen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den

## «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges.»

194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden hat.



# Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.



Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal

Mass genommen an uns Schweizern ... Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, das uns übergestülpt und aufgezwungen wird! Es zwingt uns in europäische Regelungen, welche nicht zu unserem Alltag, unserem Leben oder unseren Werten passen. Wir verpflichten uns, EU-Recht zu übernehmen; wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft. Fremde Richter am Europäischen Gerichtshof entscheiden. Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen.

## «Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet.»

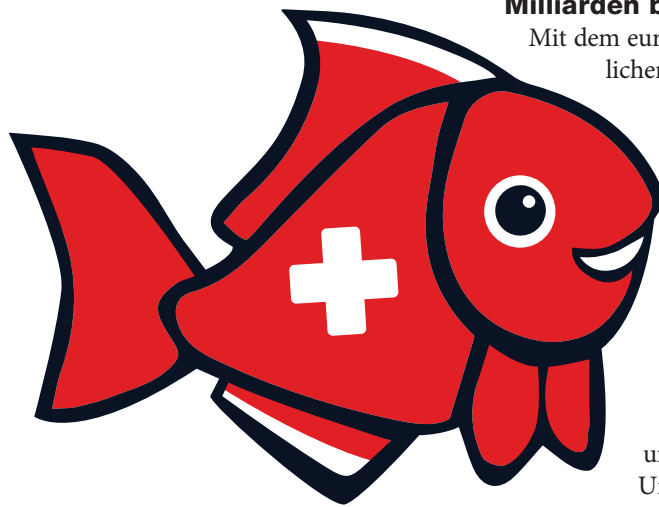
## Noch einfacher einwandern

Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet, Aufenthaltsrecht und Familiennachzug werden noch stärker vereinfacht. Die Masseneinwanderung wird zunehmen und die Wohnungsknappheit, steigende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

gungende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

## Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die kantonalen Steuersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer



## Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz eintreten.

Der Kampf gegen das sogenannte **EU-Rahmenabkommen**, den geplanten **Unterwerfungsvertrag**, führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsiert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf [www.eu-no.ch](http://www.eu-no.ch) oder füllen Sie den **Beitrittstalon auf Seite 8** aus.

## Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!



Die Nettozuwanderung ist 2018 mit über 50'000 Personen – das ist einmal die Stadt Biel – immer noch sechsmal höher als der Bundesrat der Bevölkerung bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit weismachen wollte.

# Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.

Der vom Volk verlangte Inländervorrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländervorrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland. Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland

und für die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt. Das ist inakzeptabel, und Gegenmassnahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes.

## Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalratswahlen am 20. Oktober darüber reden. Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut liest, merkt schnell: Der sogenannte Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag, der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unabhängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Lesen Sie selbst auf: [www.eu-no.ch](http://www.eu-no.ch)

(Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite [www.eu-no.ch](http://www.eu-no.ch) auf «Kommentiertes Insta»)

# Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

**Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.**



Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Ein-

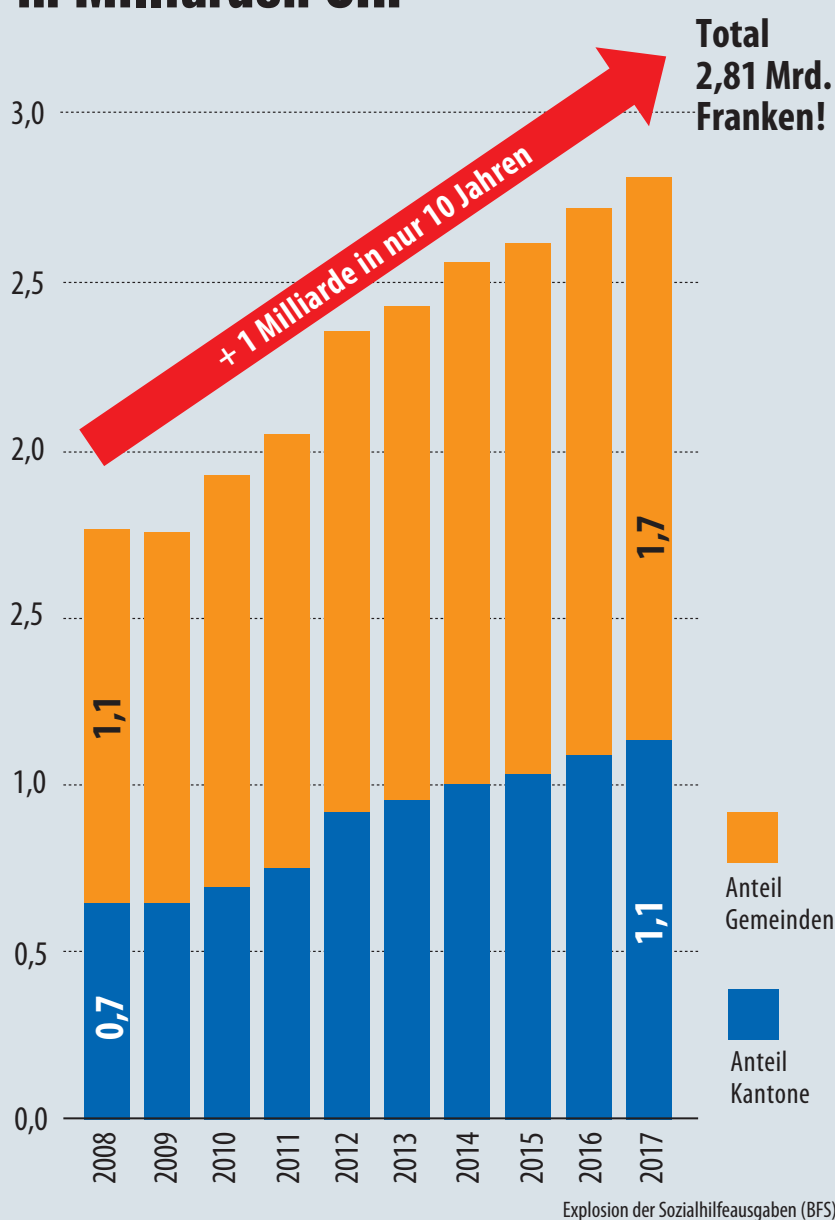
personenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.

## Kostenexplosion in der Sozialhilfe in Milliarden CHF



## Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee



Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der

Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.



# Frei und sicher.



[www.svp.ch](http://www.svp.ch)

## SVP wählen!





## Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP?

Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu. Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt – bei-

spielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen will.

Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber ent-

sprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt. Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

[www.begrenzungsinitiative.ch](http://www.begrenzungsinitiative.ch)

## Meinung

# Die Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz?

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

**In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.**

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30% mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30% mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbar. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeich-

nenden Digitalzeitalter! Eine 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen. Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

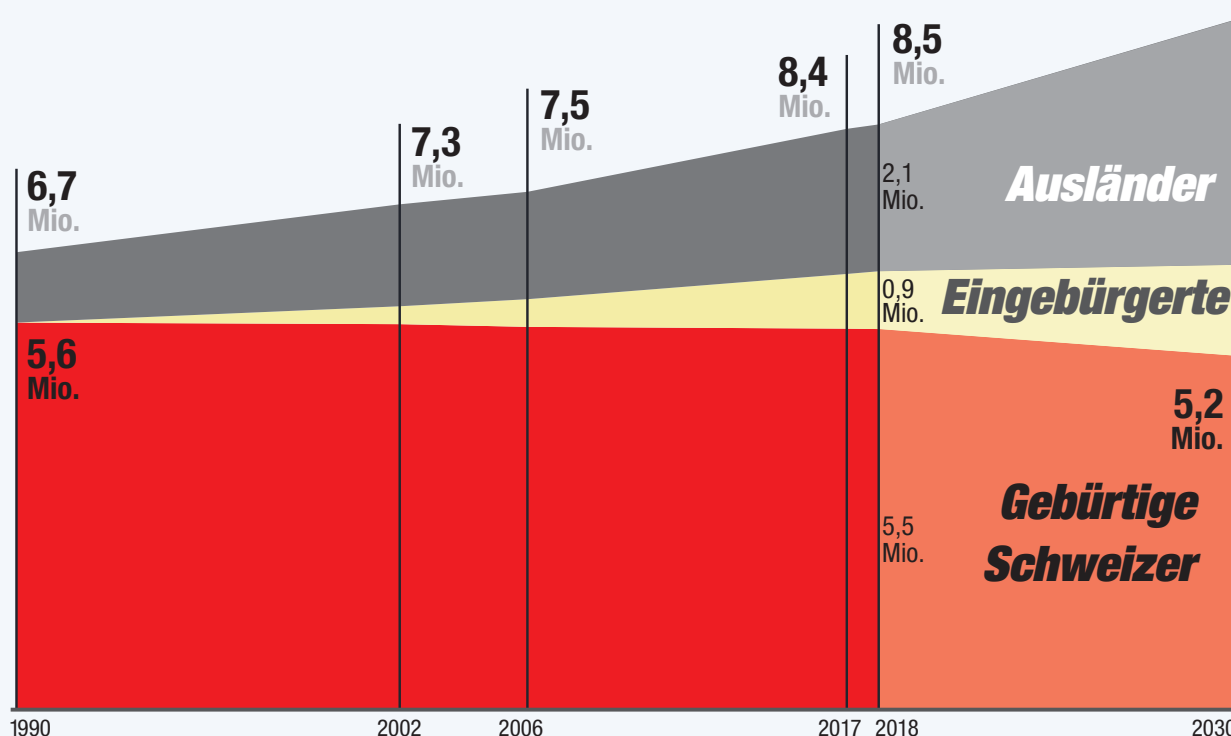
Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf – das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Damit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

## Schon bald 10-Millionen-Schweiz?

10 Mio.



Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion.

Quelle: BFS, Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz plus eigene Hochrechnung. Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert.

## Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter an-

derem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

## Schweiz nicht weiter zubetonieren!



# Fragen

– zu den Wahlunterlagen?  
– zu den Wahlen?

**Kostenlose kompetente Auskunft!**

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.



**Gratis-Wahlhotline:**  
**0800 0 1291 0**  
**Mail:**  
**wahlen@svp.ch**



## In einer dunklen Kammer...



...kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang ...  
Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

**www.wahlkampfderfilm.ch**



## Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

[www.svp.ch/wettbewerb](http://www.svp.ch/wettbewerb)



- 1** Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?
- ☐ Einverleibung der EU in die Schweiz = **FA**
  - ☐ Unterwerfung der Schweiz durch die EU = **SV**



- 2** Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?
- ☐ rund 100'000 = **KE**
  - ☐ rund 1'000'000 = **PW**



- 3** Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?
- ☐ Mike Shiva = **NE**
  - ☐ SVP-Gratis-Wahlhotline = **AE**



- 4** Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?
- ☐ «Freibier auf sicher» = **W**
  - ☐ «Frei und sicher» = **H**



- 5** Auf wie viel Prozent würde die MwSt. in der Schweiz (aktuell 7,7 %) bei einem EU-Beitritt steigen?
- ☐ Auf mindestens 10 % = **S**
  - ☐ Auf mindestens 15 % = **LE**



- 6** Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die ‚Fortsetzung‘ des bilateralen Weges?»
- ☐ Thomas Matter, SVP-Nationalrat = **N**
  - ☐ Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = **!**

## Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
  - ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
  - ☐ Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
  - ☐ Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Bitte schicken Sie mir:
- ☐ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm x 118,9 cm)
  - ☐ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm x 59,4 cm)
- ☐ Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- ☐ Ich spende \_\_\_\_\_ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.
  - ☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- ☐ Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.
- ☐ Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

**Ausschneiden und in einem Couvert senden an:**  
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern  
E-Mail: [info@svp.ch](mailto:info@svp.ch), Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

**Machen Sie beim Wettbewerb online mit:**  
**www.svp.ch/wettbewerb**

**Die richtige Lösung lautet:**

**1 2 3 4 5 6**

**Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019**

**1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.**

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

**www.svp.ch**



# Ihr Nationalrat für den Kanton Nidwalden



Am 20. Oktober sind nationale Wahlen. Peter Keller setzt sich seit acht Jahren für Nidwalden und die Schweiz ein. Damit wir weiterhin in Sicherheit und Wohlstand leben können.

## Liebe Nidwaldnerinnen, liebe Nidwaldner

Seit acht Jahren darf ich unseren schönen Kanton in Bern vertreten. Ich erfülle diese Aufgabe mit Stolz. Mir ist aber auch bewusst, dass man als einziger Nidwaldner Vertreter im Nationalrat, nie alle Interessen und Meinungen abbilden kann. Aber ich versuche, für alle Anliegen ein offenes Ohr zu haben.

## Unser Nidwalden

Nidwalden ist klein, aber ein grossartiger Kanton – wunderbar gelegen «zwischen See und hechä Berge». Wir haben eine gute Mischung: Gewerbebetriebe

und internationale Exportunternehmen. Dutzende Kleinseilbahnen und die weltweit einzigartige Cabrio-Bahn. Die Stanser Musiktage und die bereits legendäre «Teffli-Rally».

Nidwalden hat eine tiefe Arbeitslosigkeit. Wir gehören zu den besten Kantonen der Schweiz. Das zeigt sich auch in der Finanzstärke. Meine Zürcher Kolleginnen und Kollegen staunen jeweils nicht schlecht, wenn ich ihnen sage, dass Nidwalden drei Mal mehr (1075 Franken!) pro Kopf in den NFA einzahlt als Zürich (336 Franken). Auch hier gilt: Der Nationale Finanzausgleich darf nicht dazu führen, dass erfolgreiche und haushälterische Kantone wie Nidwalden am Ende bestraft werden.

## Unsere Schweiz

Wir leben in einem einzigartigen Land. Nirgendwo auf der Welt haben die Bürgerinnen und Bürger so viel zu sagen wie in der Schweiz. Die direkte Demokratie ist ein wichtiger Grund, warum wir erfolgreicher sind als andere. Die Bürgerinnen und Bürger können direkt entscheiden, was sie wollen und was sie nicht wollen.

Manchmal geht vergessen, dass unser Wohlstand nicht selbstverständlich ist. Das «Rahmenabkommen» mit der EU tönt harmlos. Aber wie viel können wir nachher noch selber bestimmen? Wollen wir wirklich, dass EU-Bürger Anspruch auf Schweizer Sozialleistungen haben, ohne je hier gearbeitet zu haben? Ein Rahmenabkommen hätte auch Auswirkungen auf die Kantone: Können die Kantone noch eine eigene, attraktive Steuerpolitik machen? Dürfen wir noch Kantonalbanken haben und kantonale Elektrizitätswerke? Wir dürften ruhig mit mehr Selbstbewusstsein auftreten.

## Politische Schwerpunkte

**Gute Bildung:** Als ehemaliger Lehrer und heutiges Mitglied der Bildungskommission ist es mir wichtig, dass die Schweiz ein gutes Bildungssystem hat. Der Bund finanziert die beiden ETH in Zürich und Lausanne jährlich mit Milliarden-Beiträgen. Damit werden hochqualifizierte Fachkräfte ausgebildet.

Genauso wichtig sind die Volksschule und die Berufsbildung. Wir dürfen die Schulen nicht mit unnötigen Reformübungen belasten. Im Zentrum des Unterrichts müssen die Grundkompetenzen stehen. Damit am Ende der Volksschule jeder und jede das Rüstzeug hat, eine gute Berufsausbildung zu machen. Was nützt es, den Lehrplan vollzustopfen, wenn die Schülerinnen und Schüler nach neun Jahren nicht richtig Lesen, Schreiben und Rechnen können?

**Gesunde Finanzen:** Ich weiss, Finanzpolitik gehört nicht zu den Lieblingsthemen der Medien. Zu technisch, zu viele Zahlen. Aber gesunde Finanzen zu haben, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Politik. Dieses Jahr wird der Bund rund 2,8 Milliarden Franken Gewinn schreiben. So



« Wir dürfen in einem grossartigen Land leben – was nicht selbstverständlich ist. Tragen wir Sorge zur Schweiz. »

Peter Keller, Nationalratskandidat (bisher)

kurios es klingen mag: Positive Abschlüsse sind politisch gefährlicher als Minuszahlen. Warum? Wenn der Staat Milliardengewinne schreibt, wachsen sofort die Wünsche und Begehrlichkeiten. «Wir» haben ja Geld... Was dabei oft vergessen geht: Das Parla-

ment gibt immer noch das hart erarbeitete Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger aus.

Als Mitglied der Finanzkommission und Präsident der Subkommission 2 Finanzen setze ich mich dafür ein,

dass Bundesbern sorgsam umgeht mit Ihren Steuergeldern. Dazu gehört auch, dass die Schuldenbremse erhalten bleibt. Sie hat dafür gesorgt, dass die Schweiz heute finanziell so gut dasteht und im Gegensatz zu allen Staaten rundherum Schulden abbauen kann. Trotzdem gibt es Versuche, die Schuldenbremse politisch auszuhebeln.

## Einsatz für Nidwalden und die Schweiz

Es gibt viele gute Gründe, sich für Nidwalden und für die Schweiz einzusetzen. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir für weitere vier Jahre Ihr Vertrauen schenken.

Am 20. Oktober 2019:

Peter Keller  
(bisher)

in den Nationalrat



Peter Keller

- ▶ Nationalrat seit 2011
- ▶ Mitglied der Finanzkommission, Präsident der Subkommission 2 Finanzen, Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) und der Redaktionskommission
- ▶ Leader der SVP-Delegation der Bildungskommission (zuständig für Vernehmlassungen, Zuteilung und Vorbereitung der Geschäfte, Ansprechperson der anderen Fraktionsleader)
- ▶ Mitglied der Nidwaldner Berufsbildungskommission (seit 2006)
- ▶ OK-Präsident Innerschweizerisches Schwingfest ISAF 2021 in Buochs
- ▶ OK-Präsident Ob- und Nidwaldner Kantonschwingfest 2014
- ▶ Politische Stationen: Ortsparteipräsident Hergiswil (bis 2008), Vize-Präsident der SVP Nidwalden (bis 2010), Landrat und Vize-Fraktionschef (bis 2011)
- ▶ Tätigkeiten: Mittelschullehrer (Kollegi Stans), persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Christoph Blocher, Redaktor. Heute: selbstständig (GmbH Kommunikation, freier Journalist)
- ▶ Studium an der Universität Zürich (lic. phil. I) als Werkstudent: Mitarbeiter der Werner Keller Metallbau AG (Auftragsbearbeitung, Lohn- und Finanzbuchhaltung, Montage)
- ▶ Primarlehrerdiplom
- ▶ Aktiv-Mitglied der Stanser Jodlerbuebe (seit 2001)
- ▶ Hobbys: Bergwandern, Jodeln, Städtereisen

Mein immer aktuelles Wochenbuch finden Sie unter [www.kellerpeter.ch](http://www.kellerpeter.ch)



# Unterwegs für Nidwalden

Ansprachen, Podien, Medienberichte und andere Anlässe:  
Ein paar Stationen und Eindrücke aus den vergangenen acht Jahren als Nationalrat.



Ob- und Nidwaldner Kantonalschwingfest in Hergiswil 2014: Werner Keller (Gabenchef) und Peter Keller (OK-Präsident). Neu auch OK-Präsident für das Innerschweizerische 2021 in Buochs.



Ehrung der jungen Nidwaldner Seilzieher an der Schweizer Meisterschaftsfeier in Beckenried\_2018



Von «Peter&Paul» zu «Hans-Peter»: Seit acht Jahren der traditionelle Sessionsrückblick für die Nidwaldnerinnen und Nidwaldner.



Leitung der gemeinsamen Sitzung der Subkommissionen 2 Finanzen von Ständerat und Nationalrat



Fernsehdebatte zum Budget 2018 mit Tessiner Parlamentariern



Beitrag in 10vor10 zur neuen Schweiz-Ausstellung im Landesmuseum



Besuch der Forschungsanstalt CSEM in Neuenburg mit der Subkommission Finanzen\_2017



600 Jahre Niklaus von Flüe mit Festredner Peter von Matt\_2018



Festrede am Rütli-Schiessen\_November 2016



Interview mit Selina Achermann und Melanie Britschgi für ihre Berufsschularbeit\_2018



Persönliche Bundeshaus-Führung mit Nidwaldner Schulklassen (hier aus Beckenried)



Streitgespräch über die Selbstbestimmungsinitiative für La Liberté\_November 2018



Debatte im Nationalrat zum Nationalen Finanzausgleich\_Tagesschau Mai 2019



Am Stand der Heimisch 2019



Bei Familie Niederberger zu Besuch auf der Alp Laucheren



## Bundesbeamte gegen Pilatus Flugzeugwerke

Nicht nur die SVP, auch andere Parteien, der Nidwaldner Regierungsrat, Wirtschaftsverbände und nicht zuletzt die Bevölkerung kritisieren das eigenmächtige Vorgehen des Aussendepartements. Das Anti-Pilatus-Gesetz muss schnellstmöglich geändert werden.

**Das Aussendepartement EDA** zwingt die Pilatus Flugzeugwerke zum Rückzug aus verschiedenen arabischen Ländern. Was hat die Pilatus «verbrochen»? Sie hat Flugzeuge nach Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten geliefert – mit Bewilligung des Bundesrates. Dazu gehören auch technische Supportleistungen und Unterhaltsgarantien. Dafür will man nun den Pilatus Flugzeugwerken den Strick drehen.

**Es ist völlig unverständlich**, was das EDA und seine Beamten bieten. Das Parlament hatte einem Söldnergesetz zugestimmt, das die Niederlassung von ausländischen Söldnerfirmen wie Blackwater in der Schweiz verhindert – aber sicher keinem Anti-Pilatus-Gesetz! Das zeigt auch die Haltung des Wirtschaftsdepartement

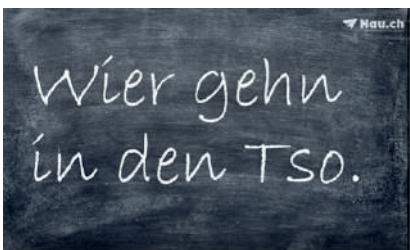
von Guy Parmelin: Dieses stellt sich klar hinter die vertraglichen Verpflichtungen der Pilatus Flugzeugwerke und anderer Exportfirmen. Ein Unternehmen braucht verlässliche politische Rahmenbedingungen – und nicht eigenmächtige Auslegungen von einzelnen Beamten.

**Das Anti-Pilatus-Gesetz** muss schnellstmöglich geändert werden. Damit die Schweizer Unternehmen wieder Rechtssicherheit bekommen. Abschliessend muss man sich schon fragen: Wer hat eigentlich in der Schweiz das Sagen? Die Bundesverwaltung oder der Bundesrat beziehungsweise das Parlament? Es kann nicht sein, dass Beamte eigenmächtig Gesetze auslegen und damit die Existenz von Unternehmen wie die Pilatus gefährden.

## Schreiben nach Gehör: Vii Schpas!

Die Kinder sollen einfach drauflos schreiben, ohne dass sie korrigiert werden. Diese «Schlechtschreibmethode» schadet besonders schwächeren und fremdsprachigen Schülern. «Schreiben nach Gehör» müsste aus allen Lehrplänen verschwinden.

Ein Vater erzählte mir kürzlich, dass er fast verzweifelt über die Rechtschreibung seiner Tochter. Als er sie auf Fehler aufmerksam machen wollte, sagte sie ihm: «Du darfst mich nicht korrigieren. Das hat meine Lehrerin gesagt!»



Kinder sollen einfach drauflos schreiben. Die Rechtschreibung spielt keine Rolle. «Schreiben nach Gehör», nennt sich diese Methode. «ICH SCHBIL FUSBAL MITMEINEM PAPA.» Schülerinnen und Schüler werden jahrelang nicht korrigiert und prägen sich falsche Wortbilder ein, die dann mühsam abtrainiert werden müssen.

Ich kann mich noch gut erinnern, als ich zum Primarlehrer ausgebildet wurde: Uns wurde der Erfinder dieser

Methode, der Reformpädagoge Jürgen Reichen, als regelrechter Guru präsentiert.

### Falsche Bewegungsabläufe einüben?

Neue, umfangreiche Studien zeigen nun, dass diese Methode wesentlich mitverantwortlich ist für die Rechtschreibschwäche – und zwar besonders bei Schülern, die sonst schon Mühe haben in der Schule oder bei Kindern aus fremdsprachigen Familien. Was würden Sie von einem Sportlehrer halten, der Ihr Kind jahrelang falsche Bewegungsabläufe einüben lässt und dann plötzlich beginnt, die falsch eingeübten Abläufe wieder zu korrigieren?

### Nidwalden legt vor

In verschiedenen deutschen Bundesländern wurde diese Methode bereits verboten. In Nidwalden hat Bildungsdirektor Res Schmid die entsprechenden Lernmittel aus dem Verkehr gezogen. Als Mitglied der Kommission des Nationalrats habe ich das Thema traktandieren lassen. Leider weigerte sich dann die Mehrheit, in

einer nächsten Sitzung die Vertreter der Erziehungsdirektoren einzuladen. Man will offenbar auch politisch keine Fehler eingestehen... Die Folgen solcher unsinnigen Schulreformen tragen am Ende die Kinder und Eltern.



Die äusserst umstrittene Methode «Schreiben nach Gehör» ist im Lehrplan 21 aufgeführt. - Keystone

### Das Wichtigste in Kürze

- Peter Keller fordert, dass «Schreiben nach Gehör» aus dem Lehrplan 21 entfernt wird.
- Der SVP-Nationalrat hat deswegen einen entsprechenden Vorstoss beim Bundesrat eingereicht.
- Doch dieser schiebt die Verantwortung für Lehrpläne den Kantonen zu.

## Hartnäckig bleiben

Der Nationale Finanzausgleich NFA hat sich verbessert – muss aber weiter korrigiert werden. Damit haushälterische Kantone nicht bestraft werden.

Als der NFA eingeführt wurde, hat man allen Kantonen eine Art «Existenzminimum» zugesichert. Etwas anschaulicher gesagt: Jeder Kanton sollte



sich einen VW leisten können. Mittlerweile ist es ein Mercedes geworden. Die Rechnung dafür zahlen die wenigen Geberkantone wie Nidwalden: 2008 mussten wir noch 14,6 Millionen in den NFA einzahlen. Mittlerweile sind es 45,6 Millionen – das sind mehr als 1000 Franken pro Kopf.

### VW statt Mercedes

Ich stellte in der Finanzkommission den Antrag auf eine Belastungsobergrenze für die Geberkantone. Zurück zum VW! Leider kam die Mehrheit der Nehmer den wenigen Geber-Ver-

tretern nicht entgegen. Immerhin konnte in der letzten Sommersession eine Verbesserung des NFA erreicht werden: Die Belastung der Geber geht etwas zurück. Fazit: Man muss hartnäckig dranbleiben.

Dass ein Kanton Bern 261 Millionen «Gewinn» macht und gleichzeitig 1,187 Milliarden aus dem NFA bezieht, zeigt: Die Solidarität unter den Kantonen wird absurd, wenn der grösste Bezüger mit dem Geld der Geberkantone Millionengewinn schreibt.

# Peter Keller

in den Nationalrat, **bisher**  
www.kellerpeter.ch

## Herzlich Willkommen Nidwaldner Buirä-Apéro

Die SVP Nidwalden lädt alle Freunde und Interessierten ein:

**Samstag, 5. Oktober 2019**  
**Hof Familie Waser-Niederberger**  
**Buochserstrasse 50, 6370 Stans**

Ab 10.00 Uhr offizieller Beginn (bis ca. 13.30 Uhr)

Offerierter Apéro

Kurzansprache von Nationalratskandidat Peter Keller

Anschliessend gemütliches Beisammensein

- Festwirtschaft
- musikalische Unterhaltung
- Familienprogramm

**Wir freuen uns über Ihren Besuch.**  
**Ihre SVP Nidwalden**



### 20 Obwalden/Nidwalden

Mittwoch, 11. April 2018

#### Agenda

Nidwalden, 11. 4.

#### Stans

SMT – Michel Godard / Natasa Mikovic / Rab Radwan – A Journey to Splendor: Kuppelwerkzeuge, 19.00  
SMT – Aline Frazz: Musik aus Brasilien, Cuba und den Karibik, 20.00  
SMT – bühnmuZik | DJ Programmgruppe (DJ-Set): Musik aus dem Balkan, 19.00  
SMT – Simon Chälager, 20.30  
SMT – Tokio Tejo: Theater an der Murg, 21.00  
SMT – Pflanzplatz: Ländzi Bühne, 21.00

Obwalden, 11. 4.

#### Lungern

«Schritt für Schritt nordwärts» Bildvortrag und Lesung: 3000 km zu Fuss durch Norwegen vom Südkap bis zum Nordkap. Packender Multimedia-vortrag und Buchbesprechung. Landgasthof Kaisersruh, 20.00

Demnächst

## Keller fordert einen NFA-Deckel

**Finanzausgleich** Der nationale Solidaritätstopf ist immer üppiger ausgestattet. Geberkantone wie Nidwalden bekommen das zu spüren. Jetzt will Nationalrat Peter Keller Gegensteuer geben.

Karl Kälin  
kari.kaelin@kuzernerzeitung.ch

Vor zehn Jahren, als der neue Finanzausgleich (NFA) in Kraft trat, verteilten der Bund und die steuerkräftigen Kantone noch 4,1 Milliarden Franken um an schwächere Kantone. In diesem Jahr ist es eine ganze Milliarde mehr. Der prall gefüllte Solidaritätstopf schlägt sich bei Kantonen wie Nidwalden oder Schwyz, die in den letzten Jahren überdurchschnittlich an Steuerkraft zulegten, in immer höheren NFA-Beiträgen nieder. Lieferte Nidwalden 2008 netto noch knapp 14 Millionen in den NFA ab, sind es

in diesem Jahr bereits 44,7 Millionen, gut dreimal mehr. Im Kanton Schwyz stieg der Betrag sogar um mehr als das Vierfache auf 193,8 Millionen.

Der Nidwaldner SVP-Nationalrat Peter Keller stellt den solidarischen Ausgleich zwischen den starken und schwachen Kantonen nicht in Frage. Das Ausmass sei für die Zahlkantone, zu denen ab diesem Jahr auch Obwalden gehört, unterdessen aber in einem unerwarteten Mass angestiegen. Keller verlangt deshalb in einer Interpellation eine NFA-Obergrenze, zum Beispiel auf dem Niveau von 2013, also knapp 4,8 Milliarden. «Das wür-

de die Geberkantone spürbar entlasten, während die Nehmerkantone ihre Verpflichtungen weiterhin zur Gänze erfüllen könnten», sagt Keller. Die Antwort des Bundesrats auf die Interpellation steht noch aus.

### Bundesrat kommt Geberkantonen entgegen

Auch der Bundesrat will den Finanzausgleich reformieren, um die Geberkantone ein bisschen zu entlasten. Nach der Umverteilung der NFA-Gelder soll der schwächste Kanton so viele finanzielle Mittel zur Verfügung haben, dass er am Ende auf 86,5 Prozent des schweizerischen

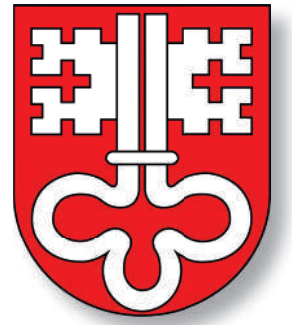
«Eine Obergrenze würde die Geberkantone spürbar entlasten.»



Peter Keller  
Nationalrat SVP, Nidwalden

Durchschnitts kommt. Heute sieht das Gesetz einen Richtwert von 85 Prozent vor. Derzeit liegt dieser aber bei 88,3 Prozent. Das bedeutet: Der NFA hat das Ziel, alle Kantone mit ausreichend Geld zu versorgen, übererfüllt. Das eidgenössische Parlament hat die Reform noch nicht beraten. Keller lehnt die 86,5-Prozent-Grenze ab. «85 Prozent genügen für einen solidarischen Ausgleich», sagt er. Der SVP-Politiker ist sich aber bewusst, dass Anliegen der Geberkantone im Parlament praktisch kaum durchsetzbar sind. Der Grund: Die Nehmerkantone sind deutlich in der Überzahl.

# So unterstützen Sie Peter Keller in Nidwalden



## 1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material:

- Vorgedruckter Nationalrats-Wahlzettel
- Kleines Couvert
- Ständerats-Wahlzettel  
(Bei stillen Wahlen gibt es keinen Ständerats-Wahlzettel)
- Stimmrechtsausweis

## 2. Wählen Sie Ihren Nationalrat:

Machen Sie ein Kreuz beim Kandidatennamen Keller Peter

## 3. Wahlzettel Nationalrat ins kleine Couvert:

Legen Sie den Nationalrats-Wahlzettel mit dem angekreuzten Kandidaten ins kleine Couvert

## 4. Wählen Sie Ihren Ständerat:

Machen Sie ein Kreuz beim Ständeratskandidaten Ihrer Wahl

## 5. Ständeratswahlzettel ins kleine Couvert:

Legen Sie den Ständerats-Wahlzettel zum Nationalrats-Wahlzettel ins kleine Couvert

## 6. Stimmrechtsausweis unterschreiben:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.

## 7. Alles ins grosse Couvert:

Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist. Wenn nötig, frankieren Sie das Couvert. Und dann ab in die Post oder Einwerfen bei Ihrer Gemeinde.

## 8. Abschicken:

Couvert bis spätestens **17. Oktober** per A-Post aufgeben oder bis **18. Oktober** auf die Gemeinde bringen oder am **20. Oktober** an die Urne gehen.

## Achtung!

- Nur einen Namen ankreuzen, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!



1. Stimmcouvert öffnen und Unterlagen entnehmen.



2. Peter Keller ankreuzen auf dem Nationalrats-Wahlzettel



3. Nationalrats-Wahlzettel ins kleine Couvert legen.



4. Machen Sie ein Kreuz beim Ständeratskandidaten Ihrer Wahl



5. Ständerats-Wahlzettel auch ins kleine Couvert legen.



6. Stimmrechtsausweis unterschreiben.



7. Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen.



8. Couvert auf die Post oder Gemeinde bringen.

## Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

**Gratis-Hotline: 0800 0 1291 0**

Kostenlose kompetente Auskunft! Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 – 18.00 Uhr für Sie da. **Fragen per Mail: [wahlen@svp.ch](mailto:wahlen@svp.ch)**



**Peter Keller**

- ▶ Nationalrat seit 2011
- ▶ Mittelschullehrer, persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Christoph Blocher, Redaktor. Heute: eigene KMU
- ▶ Studium an der Universität Zürich (lic. phil. I)
- ▶ Primarlehrerdiplom

**Peter Keller** (bisher)  
in den Nationalrat



**kellerpeter.ch**

# Frei und sicher.

**Ich will's. Ich wähl's.**

[www.svp-nw.ch](http://www.svp-nw.ch)

